



Newsletter Serap Güler MdB



Fehlfunktion bei der Ampel

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

Ich freue mich sehr über Ihr Interesse an meiner politischen Arbeit im Deutschen Bundestag. Mit diesem monatlichen Newsletter halte ich Sie zum Geschehen in der Berliner Politik, meinen Aufgabenbereichen im Parlament, meinem Ausschuss sowie meinem Wahlkreis auf dem Laufenden und informiere über meine öffentlichen Termine. Haben Sie Fragen oder Anliegen an mich? Dann wenden Sie sich jederzeit an serap.gueler@bundestag.de

Herzliche Grüße,

KEIN BLANKOSCHECK FÜR DIE AMPEL-KOALITION

Mit immer neuen Maßnahmen und Projekten überrascht aktuell die Ampel-Koalition den Bundestag. Leider steckt aktuell oft nur eine Mogelpackung dahinter. So startet die Diskussion oft mit einer neuen Idee oder mit vielen hochgesteckten Zielen, die für sich genommen auch immer toll und erstrebenswert klingen. Doch leider sind sich die Koalitionsparteien bei der genauen Ausgestaltung nicht einig, weshalb bei den Projekten dann Löcher und Gräben entstehen. Wir als Opposition weisen darauf hin, hinterfragen und erwarten von der Bundesregierung Antworten. Diese gibt es leider selten, denn die Antwort auf die Löcher und Gräben in den Projekten ist



Foto: Laurence Chaperon

häufig, diese einfach mit Geld zuzuschütten. Wenn wir als Opposition bei diesen Verschuldungsprojekten, denn nichts anderes sind sie in der aktuellen Zeit, nicht mitmachen wollen oder von vornweg der Regierung Blankoschecks ausstellen, dann ziehen die Streitparteien ins Fernsehen und beschweren sich, dass die CDU/CSU Fraktion immer nur bremsen und Politik auf dem Rücken des Landes machen würden.

Die Wahrheit ist jedoch, dass die Ampel-Koalition aktuell von den vielen Lücken im Koalitionsvertrag eingeholt wird. Da man unbedingt als Ampel regieren wollte, hat man Uneinigkeiten so belassen und diese ausgeklammert.

Leider führt dieses Vorgehen der Regierung auch zu einem Bild der Zögerlichkeit in der deutschen Bevölkerung. Während wir gerade jetzt schnelle und eindeutige Entscheidungen brauchen, verzögert die Regierung die Lösungen bis zum letztmöglichen Tag. Wie zum Beispiel vergangenen Monat mit der Gasprelsbremse. Seit Juli diskutiert, von der CDU/CSU-Fraktion und Jens Spahn ins Spiel gebracht, wurde diese erst am 1. Oktober angekündigt und gleichzeitig die Gasumlage wieder abgeschafft. Einen Tag bevor diese in Kraft getreten wäre. Für uns als Opposition ist dieses Verhalten vergleichbar mit einer Ampel an einer Kreuzung, die ständig abwechselnd alle Farben zeigt. An einer Kreuzung darf das passieren, bei der Regierung nicht.

Neues aus dem Bundestag

MOGELPAKETE DER BUNDESREGIERUNG

Mit der Reaktivierung und Ertüchtigung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds möchte die Bundesregierung Maßnahmen finanzieren, von denen niemand weiß, wie diese konkret aussehen sollen. Um den Fonds zu befüllen, will sie ein weiteres Mal die Schuldenbremse des Grundgesetzes außer Kraft setzen. Mit anderen Worten: Bevor klar ist, welche Maßnahmen konkret geplant sind und was sie kosten, soll der Bundestag pauschal einen Blankoscheck von über 200 Mrd. Euro ausstellen.

Klar ist: Die Situation für die Bürgerinnen und Bürger im Land ist aktuell nicht einfach. Eine Schuldenbremse ist deshalb in einer solchen Situation nicht in Stein ge-

meißelt. Wir wollen auch spürbare Entlastungen für die Bürger und Unternehmen. Wir wollen eine Gaspreisbremse, die die Kostensteigerungen im Bereich Energie für alle in diesem Land wirksam dämpft und dafür werden wir auch konstruktiv mit der Bundesregierung zusammenarbeiten. Aber ein Blankoscheck werden wir nicht ausstellen. Denn es ist weiterhin völlig unklar, wie die Bundesregierung auf 200 Mrd. Euro kommt und wie sich diese konkret auf die einzelnen Maßnahmen verteilen.

Der von der Ampel gewählte Finanzierungsweg widerspricht einer soliden Haushaltspolitik. Die Ampel hält an ihrer

Strategie fest, in Krisenjahren übermäßige Haushaltspolster anzulegen, um diese dann in den Folgejahren zu nutzen. An der Verfassungsmäßigkeit dieses Vorgehens bestehen erhebliche Zweifel, weshalb wir diesem Gesetz nicht zustimmen werden.



BÜRGERGELD UND WAS DAHINTER STECKT

Das Wort "Bürgergeld" ist wahrscheinlich das politische Wort oder Unwort des Jahres, je nachdem wie man dazu steht. Denn hinter diesem Wort verbergen sich viele Arten der Definitionen und noch mehr Unklarheiten.

Für uns ist klar, dass die Ampel-Koalition sich mit diesem Gesetz eindeutig vom Grundsatz "Fordern und Fördern" in der Arbeitsmarktpolitik verabschiedet. Die sechsmonatige "Vertrauenszeit" (ohne Möglichkeit der Leistungsminderung wegen Pflichtverletzung) in Verbindung mit einer zweijährigen Karenzzeit für die Prüfung der Angemessenheit von Wohn- und Heizkosten sowie mit hohen Freigrenzen bei vorhandenem Vermögen (bis 60.000 Euro für einen alleinstehenden Leistungsberechtigten) setzt einen Anreiz zum "Einrichten im Bürgergeld". Dies ist gerade in Zeiten des Arbeitskräftemangels ein schwerer arbeitsmarktpolitischer Fehler. Bei rund 1,9 Mio. unbesetzten Stellen ist jetzt die Zeit, alles dafür zu tun, Menschen in Arbeit zu bringen. Richtig wäre es, am Fordern festzuhalten und im Fördern besser zu werden. Eigene Berichte der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass nicht einmal in der Hälfte der Fälle die Maßnahmen der Jobcenter dazu beitragen, die Langzeitarbeitslosen besser zu vermitteln.

Die wesentlichen Grundsätze des Gesetzes sind: (1) Die Regelbedarfe werden schneller als bisher erhöht, sodass die gestiegenen Lebenshaltungskosten zügiger berücksichtigt werden. (2) Die Möglichkeit von Leistungskürzungen wird nur eingeschränkt fortgeführt. (3) Neu ist eine Erhöhung der Hinzuverdienstgrenzen: Zukünftig soll zwischen 520 und 1.000 Euro Monatsverdienst nur noch 70 (statt bisher 80) Cent je Euro von der Grundsicherungsleistung abgezogen werden.



Dass in Zeiten erheblicher Preissteigerung eine schnellere Anpassung der Regelsätze erfolgt, ist sinnvoll, eine grundsätzliche Änderung der Regelsatzberechnung lehnen wir hingegen ab. Grundfalsch ist es aus unserer Sicht, die Menschen in einem "Bürgergeld" zu verwalten, statt sie dauerhaft in Arbeit zu bringen. Deshalb legen wir zu diesem Gesetz ein Gegenkonzept vor. In ihm stellen wir die Vermittlung in Arbeit in den Vordergrund. Wir wollen den

Grundsatz des "Forderns und Fördern" beibehalten, da er den Zusammenhalt in der Gesellschaft stärkt und Anreize zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit setzt. Folgende Punkte sind für uns besonders wichtig:

1. Bessere Eingliederung in Arbeit durch Fördern und Fordern:

- Eine Verbesserung der Betreuung durch einen einheitlichen Ansprechpartner für die gesamte Familie
- Besonderes Augenmerk auf die Förderung junger Menschen mit dem Ziel der Vermittlung einer Ausbildung

2. Konsequenzen bei Leistungskürzungen:

- Wir wollen den Spielraum nutzen, den das Bundesverfassungsgericht belassen hat. Deshalb fordern wir, dass bei hartnäckigen Verweigerungen ein vollständiger Leistungszug möglich wird.

3. Regelsätze und Leistungen

- Wir wollen eine schnellere Anpassung der Regelsätze an die Inflation.
- Schaffung von Anreizen zum Energiesparen.

STÄRKUNG VON ALLEINERZIEHENDEN



In den vergangenen Monaten hat die Inflationsrate in Deutschland stark zugelegt. Insbesondere Heizkosten und die Preise für Lebensmittel sind stark gestiegen. Alleinerziehende tragen eine doppelte Verantwortung. Sie arbeiten zudem häufig in Teilzeit und müssen dafür beim Verdienst

Abstriche machen. Mit diesem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, als Sofortmaßnahme für Alleinerziehende den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 5.000 Euro anzuheben und das Kindergeld nur hälftig auf den Unterhaltsvorschuss anzurechnen. Die Bundesregierung soll zudem kurzfristig und unbürokratisch einen Kinderbonus in Höhe von 150 Euro einführen und den Freibetrag nach dem Wohngeldgesetz für Alleinerziehende nochmals um 20 Prozent anheben. So können wir Alleinerziehende in der aktuellen Situation schnell und effektiv entlasten.

BERICHT DES OSTBEAUFTRAGTEN

Der aktuelle Bericht des Ostbeauftragten legt die aktuellen Entwicklungen und Trends in den neuen Ländern dar. Im ersten der drei Teile des Berichts schildern 15 verschiedene Autorinnen und Autoren den aktuellen Stand und geben Ausblicke auf die Zukunft. Teil 2 - der Deutschland-Monitor - erhebt statistische Daten zur Einstellung gegenüber der Demokratie und Politik in Deutschland. Die wichtigsten Themen sind derzeit Fragen der sozialen Gerechtigkeit, Inflation, Lebenshaltungskosten, dem Klimawandel und der Energie. Alarmierend ist die gesunkene

Zahl derer, die mit der Funktionsweise unserer Demokratie unzufrieden sind. Lag die Zahl 2020 im Osten noch bei fast 50 Prozent, so liegt sie nun bei lediglich 39 Prozent. Auch wenn ich keine Abgeordnete aus dem Osten bin, so alarmieren mich solche Zahlen und deshalb findet der Bericht auch Erwähnung in diesem Newsletter. Gerade die Funktionsweise der Demokratie ist ein wichtiger Parameter für die Zufriedenheit der Menschen in unserem Land.

DEUTSCHE AFRIKA STRATEGIE

Leider stellen wir einen immer weiterwachsenden Einfluss Russlands in Afrika fest. Über die letzten Jahre hinweg hat Russland in Afrika mit wenig Einsatz hohe politische und wirtschaftliche Erträge erzielt. Diese Entwicklung ist ein Problem für deutsche und europäische Interessen vor Ort. Bisher hat die Bundesregierung es nicht geschafft, eine klare und umfassende strategische Antwort auf dieses Dilemma auf unserem Nachbarkontinent zu geben. Das tun wir mit unserem Antrag, der eine Vielzahl von konkreten Punkten aufzeigt, wie wir dem russischen Engage-

ment besser begegnen und in der EU eine Führungsrolle in dieser Frage einnehmen können. Mehr Infos unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/040/2004048.pdf>



IRANISCHE PROTESTBEWEGUNG

Der von den Sicherheitskräften des Mullah-Regimes herbeigeführte Tod der jungen Iranerin Mahsa Amini am 17. September 2022 hat landesweit Proteste entzündet. Die Iraner gehen für Freiheit, Gerechtigkeit und die Überwindung des repressiven islamistischen Herrschaftssystems auf die Straße. Mit unserem Antrag Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen – Den Testfall einer frauenorientierten Außenpolitik zum Erfolg machen fordern wir die Bundesregierung zu mehr Unterstützung für die mutigen Iranerinnen und Iraner auf.



Mittlerweile reichen die Proteste in zahlreiche Städte und Institutionen. Das Regime greift unterdessen zu immer härteren, repressiveren Maßnahmen. So wurden Proteste an der renommierten Scharif-Universität in Teheran mit brutaler Gewalt niedergeschlagen. Die Unterdrückung der Frauen in der iranischen Gesellschaft ist seit Jahrzehnten eine der größten systematischen Menschenrechtsverletzungen der Welt. Seit langen Jahren besteht die einmalige Chance, systematische Verbesserungen für die Lage der Frauen im Iran und einen gesellschaftlichen Wandel hin zu mehr Freiheitsrechten zu erreichen. Auf diesem Weg bedarf es der tatkräftigen Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere Deutschlands und Europas. Mit Sonntagsreden von einer vermeintlich „feministischen Außenpolitik“ ist den Frauen im Iran nicht geholfen. Konkrete Verbesserung der Lage der Frauen im Iran muss Gradmesser für den Erfolg der deutschen und europäischen frauenorientierten Außenpolitik sein.

Dem Spiegel habe ich zu diesem Thema auch ein Interview gegeben:

<https://bit.ly/3DU7AFh>

ANTRAG ZUM ARBEITSKRÄFTEMANGEL



Foto: CDU

Immer wieder bekomme ich als Bundestagsabgeordnete Schreiben zum Thema Arbeits- und Fachkräftemangel. Nicht zuletzt auch in der Sommertour nahm das Thema bei vielen Betrieben und Verbänden neben dem Inflationsthema eine zentrale Rolle ein. Genauso wie mir ging es auch vielen anderen Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Fraktion. Aus den

Wahlkreisen wird das Drängen auf Lösungen der Probleme immer lauter. Deshalb widmen wir uns in unserem neuen Antrag der zielgerichteten Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften aus dem Ausland.

Seit einigen Jahren steigt in Deutschland der Fach- und Arbeitskräftemangel. Stand heute sind 1,93 Millionen offene Stellen gemeldet. Besonders betroffen sind bislang Berufe in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Soziales und Bildung, Handwerk, Gastronomie und Hotellerie, IT, Metall und Elektro, Transport und Verkehr sowie Kulturwirtschaft. Die zurückliegenden Corona-Jahre haben

die Mangellage noch verschärft. Es ist absehbar, dass dieses Problem in den kommenden Jahren zusätzlich an Schärfe und Breite gewinnen wird, mit entsprechenden negativen Konsequenzen für das Wachstumspotenzial und die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft. Der politische Handlungsdruck ist hoch. In unserem Antrag schlagen wir deshalb eine Reihe von Maßnahmen vor, um die Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften im Inland zu stärken.

Wer mehr lesen möchte, kann dem Link gerne folgen: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003935.pdf>

BESUCH BEI DER LUFTWAFFE

Im Rahmen einer auswärtigen Sitzung des Verteidigungsausschusses bei der Luftwaffe in Nörvenich & Uedem konnte ich persönlich miterleben, welches Portfolio der Luftwaffe zur Verfügung steht, um ihren Auftrag zu erfüllen. Gemeinsam mit dem Inspekteur der Luftwaffe, GenLt. Gerhartz, konnten wir uns vom Auftrag und den Fähigkeiten der Teilstreitkräfte überzeugen. Vom Eurofighter über den Tornado bis hin zu den Transportflugzeugen wie Hubschrauber, Drohen sowie Flugabwehrsystemen, all diese Systeme werden in ausreichender Zahl benötigt, damit die Luftwaffe ihren Auftrag inner-

halb der Bundeswehr erfolgreich ausführen kann. Außerdem ist die Luftwaffe die einzige Teilstreitkraft, die innerhalb kürzester Zeit auf Entwicklungen im Ausland reagieren kann.

Nicht zuletzt deshalb wurde diese Teilstreitkraft, wie alle anderen auch, in dem Sondervermögen zur Stärkung der Bundeswehr berücksichtigt. Mit der, aus dem Sondervermögen finanzierten, F-35 wird künftig ein noch moderneres Flugzeugmuster Einzug halten, für das neue Infrastruktur und Ausbildung benötigt wird. In Uedem ging es außerdem noch

zum Weltraumkommando. Klingt für einige vielleicht nach Zukunftsmusik, ist allerdings schon längst Realität. Das Kommando ist in der Bundeswehr zuständig, für die Abwehr von militärischen Bedrohungen aus dem Weltraum und den Schutz deutscher Weltraumsysteme. Die Bedeutung des Weltraums wird mit der steigenden Anzahl der Satelliten künftig noch größer werden, weswegen wir uns hier und heute besser aufstellen müssen.

Wie immer gilt mein besonderer Dank allen Soldatinnen und Soldaten für den spannenden Austausch!



Foto: Bundeswehr

BESUCH IN ISTANBUL



Die Beziehungen zwischen der Türkei und Europa, insbesondere Deutschland - das Land, das so vielen türkeistämmigen zur neuen Heimat geworden ist - muss wieder besser werden. Darüber bin ich mir mit dem Oberbürgermeister in Istanbul, Ekrem Imamoglu, einig. Dieser war so freundlich und hat mich im Rathaus von Istanbul empfangen, um unter anderem

über die Städtepartnerschaft zwischen Köln & Istanbul zu sprechen, aber auch über das große Thema Migration. Die Freundschaft und Partnerschaft unserer beiden Länder haben nun schon eine längere Geschichte, die es zu bewahren und zu fördern gilt.

Aktuell leben außerdem drei Millionen registrierte Flüchtlinge in der Stadt. Die Unterstützung der Zentralregierung lässt hier leider zu wünschen übrig. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Europäische Union das Abkommen mit der Türkei nachbessern und dafür Sorge tragen, dass Mittel auch dort ankommen, wo sie nötig sind.

INTEGRATION, VIELFALT UND CHANCEN

Wir leben in einem Deutschland, in dem wir oftmals noch zwischen Ost- und Westdeutschland unterscheiden. Wir leben in einem Deutschland, in dem jeder 4. eine Migrationsgeschichte hat. Wenn wir unsere unterschiedliche Herkunft als Chance begreifen und uns mit Neugier begegnen, dann entsteht ein Dialog.



Nur, wenn wir uns auf diesen Dialog mit Andersdenkenden einlassen, entdecken wir, was uns eigentlich miteinander verbindet. Und das sind nicht nur

überlastete Straßennetze und verspätete Züge. Genau zu diesem Thema habe ich gemeinsam mit Thomas de Maiziere, Eko Fresh, Mariam Jamanka und Philipp Amthor diskutiert.

Außerdem konnte ich diesen Monat wieder bei Lanz mitdiskutieren. Dabei habe ich klar gemacht, dass Flüchtlingspolitik nicht mit der Unterkunft endet, sondern erst mit der Unterkunft beginnt. Wir brauchen Kita-Plätze, wir brauchen Schulplätze, wir brauchen Sozialpädagogen und wir brauchen Lehrer. Genau da muss der Bund noch schnellstmöglich nachbessern. Wer sich die Sendung nachträglich noch anschauen möchte, kann gerne dem Link folgen:

<https://bit.ly/3UHNbdI>

AUSTAUSCH MIT TÜRKISCHSTÄMMIGEN UNTERNEHMERINNEN & UNTERNEHMERN:

So vielfältig wie unser Land sind die Branchen in denen türkeistämmige Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland erfolgreich tätig sind. Ihre Betriebe beschäftigen tausende von Mitarbeitern und sind ein nicht wegzudenkender Teil unserer Wirtschaft. Deshalb ist es für uns als CDU wichtig, von ihren Erfahrungen zu lernen, den Austausch zu stärken und die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Unternehmen in unserem Land die optimalen Voraussetzungen haben, erfolgreich zu wachsen.

Zu diesen Themen habe ich mich gemeinsam mit Friedrich Merz, Mario Czaja und vielen Vertreterinnen und Vertretern der Branche ausgetauscht. Es ist einfach beeindruckend, was die Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland aufgebaut haben.

Für uns als CDU ist ganz klar: Diese Erfolge sind ein leuchtendes Beispiel in unserer Gesellschaft. Vielen Dank an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer für den interessanten Austausch!



Medien & Netzwerk

 www.serapgueler.de
 @serapgueler
 @sgueler
 @SerpGueler

Impressum

Herausgeber:

Serap Güler MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kontakt:

Mail:
serap.gueler.wk@bundestag.de

V.I.S.D.P.:

Jonas Dankert
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin